

Günther, Aaron; Potrafke, Niklas; Schmid, Ramona

**Article**

## Sondervermögen unter der Lupe: Ökonomen äußern Zweifel

ifo Schnelldienst

**Provided in Cooperation with:**

Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

*Suggested Citation:* Günther, Aaron; Potrafke, Niklas; Schmid, Ramona (2025) : Sondervermögen unter der Lupe: Ökonomen äußern Zweifel, ifo Schnelldienst, ISSN 0018-974X, ifo Institut - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München, München, Vol. 78, Iss. 11, pp. 55-59

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/333694>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

## Daten und Prognosen

# Sondervermögen unter der Lupe

## Ökonomen äußern Zweifel

Aaron Günther, Niklas Potrafke und Ramona Schmid

### In Kürze

Ökonominnen und Ökonomen an deutschen Universitäten sehen die Verwendung der Mittel aus dem Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität kritisch. Im 53. Ökonomenpanel von ifo und *Frankfurter Allgemeine Zeitung* schätzen die Teilnehmenden, dass 47 % der neu aufgenommenen Mittel tatsächlich in zusätzliche Investitionen fließen. Viele gehen davon aus, dass bereits geplante Projekte aus Bundes- und Länderhaushalten verdrängt werden. Bei der Verwendung der Mittel sehen die Ökonominnen und Ökonomen klare Prioritäten in den Bereichen der Verkehrs- und Energieinfrastruktur sowie in der Digitalisierung und Bildungs- und Wissenschaftsinfrastruktur. Mehrheitlich erwarten sie positive Effekte der öffentlichen Investitionen auf private Investitionen. Knapp die Hälfte glaubt, dass sich der Zustand der deutschen Infrastruktur in den nächsten zehn Jahren insgesamt verbessern wird.

Im Februar 2025, unmittelbar nach der Bundestagswahl, hat der alte Bundestag eine Änderung des Grundgesetzes beschlossen. Diese sieht neben einer Bereichsausnahme für Verteidigungsausgaben von der Schuldenbremse auch die Einrichtung eines Sondervermögens für Infrastruktur und Klimaneutralität (SVIK) vor. Das Sondervermögen ist auf zwölf Jahre angelegt und umfasst Kreditermächtigungen in Höhe von 500 Mrd. Euro, die nicht auf die Schuldenbremse angerechnet werden. Rund um die Verabschiedung des Ausführungsgesetzes hat eine intensive öffentliche Debatte über die Ausgestaltung und Wirksamkeit des Sondervermögens eingesetzt. Dies nimmt das 53. Ökonomenpanel von ifo und *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (FAZ) zum Anlass, um Ökonominnen und Ökonomen deutscher Universitäten zu den Auswirkungen und zur Ausgestaltung des Sondervermögens sowie zu möglichen Reformen der Schuldenbremse und den Fol-

gen für die Einhaltung der EU-Fiskalregeln zu befragen. An der Umfrage im Zeitraum vom 30. September bis zum 7. Oktober 2025 nahmen 179 VWL-Professorinnen und VWL-Professoren teil.

### Zweifel an der Zusätzlichkeit der Investitionen

Rund um die Verabschiedung des Gesetzes zum Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität hat eine öffentliche Debatte darüber eingesetzt, in welchem Umfang die damit finanzierten Investitionen *zusätzlich* zu den Investitionen des Bundeshaushalts erfolgen. In unserer Umfrage wurden die teilnehmenden Ökonominnen und Ökonomen um eine Einschätzung gebeten, welcher Anteil der Mittel des Sondervermögens tatsächlich in zusätzliche Investitionen fließt. Die meisten Antworten bewegen sich im Bereich zwischen 20 und 60 % (vgl. Abb. 1). Ent-

sprechend gehen viele Ökonominnen und Ökonomen davon aus, dass das Sondervermögen nicht ausschließlich für neue Investitionen genutzt wird, sondern teilweise bereits geplante Investitionen aus den Bundes- und den Länderhaushalten ersetzt. Der Durchschnitt aller Antworten liegt bei einem Wert von 47 %. 24 Teilnehmende erwarten sogar, dass weniger als 20 % der Mittel in zusätzliche Investitionen fließen. Auf der anderen Seite erwarten 38 Teilnehmende, dass mehr als 60 % der Mittel tatsächlich zusätzlich eingesetzt werden. In den Begründungen ihrer Einschätzungen verweisen viele der Ökonominnen und Ökonomen darauf, dass bereits in den Haushalten für 2025 und 2026 erkennbar sei, wie geplante Investitionen aus dem Bundeshaushalt in das Sondervermögen ausgelagert werden (Beznoska et al. 2025; Höslinger 2025). Zudem wird kritisiert, dass in den 100 Mrd. Euro für die Bundesländer keine Zusätzlichkeitsklausel vorgesehen ist. Einige Teilnehmende weisen jedoch auch darauf hin, dass die Definition von „zusätzlich“ nicht eindeutig ist – etwa, ob eine Investition bereits dann als zusätzlich gilt, wenn sie durch das Sondervermögen früher umgesetzt werden kann.

#### Prioritäten im Verkehrs- und Energiebereich gefordert

Auf die Frage, wofür das SVIK eingesetzt werden soll, zeigen die Ökonominnen und Ökonomen eine klare Präferenz für die Verkehrs- und Energieinfrastruktur (151 bzw. 131 Nennungen) (vgl. Abb. 2). Mehrfachnennungen waren

dabei möglich. Auch andere Experten sehen den Verkehrsbereich als wichtigsten Investitionsbereichs des Sondervermögens (Böttger 2025). Jedoch besteht die Gefahr, dass ähnlich wie im Bereich der Bahninfrastruktur die zusätzlichen Mittel lediglich Preissteigerungen zur Folge haben, ohne dass effektiv mehr gebaut wird (Berschin 2025). Als weitere bedeutende Bereiche werden die Digitalisierung sowie die Bildungs- und Wissenschaftsinfrastruktur genannt, die jeweils über 100 Nennungen erreichen. Weniger bedeutend schätzen die Teilnehmenden dagegen den Zivil- und Bevölkerungsschutz (61), die Krankenhausinfrastruktur (37) sowie Ausgaben für Kultur- und Sportstätten (12) ein. Unter „andere Zwecke“ werden vor allem zusätzliche Ausgaben für den Klimaschutz angeführt.

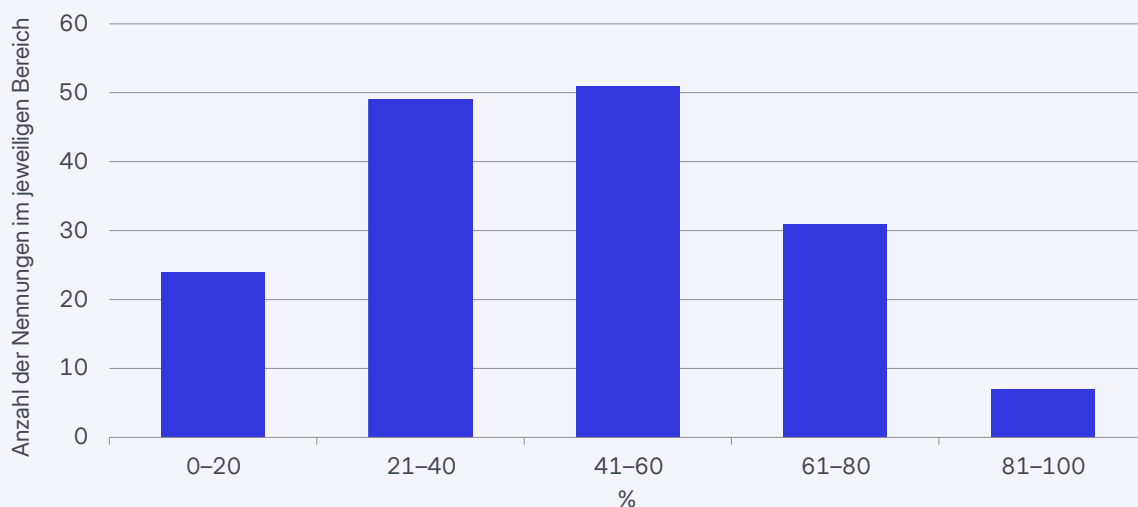
#### Positive Wirkung auf private Investitionen erwartet

Zusätzliche öffentliche Mittel für Infrastruktur können private Investitionen auf vielfältige Weise beeinflussen. Einerseits können sie private Investitionen anregen, weil eine verbesserte Infrastruktur die Standortattraktivität erhöht. Andererseits können sie private Investitionen verdrängen, wenn in der Wirtschaft nicht ausreichend Kapazitäten vorhanden sind – der *Crowding-Out*-Effekt. Gefragt nach der Wirkung der zusätzlichen öffentlichen Investitionen auf private Investitionen, erwartet die Mehrheit der VWL-Professorinnen und VWL-Professoren einen positiven Effekt. 7 % rechnen mit einer „sehr positiven“ Wirkung und 55 % mit einer „eher

Abb. 1

#### Zusätzlichkeit der Investitionen

Welcher Anteil der zusätzlichen Verschuldung im Sondervermögen „Infrastruktur und Klimaneutralität“ fließt Ihrer Einschätzung nach tatsächlich in zusätzliche Infrastrukturinvestitionen?



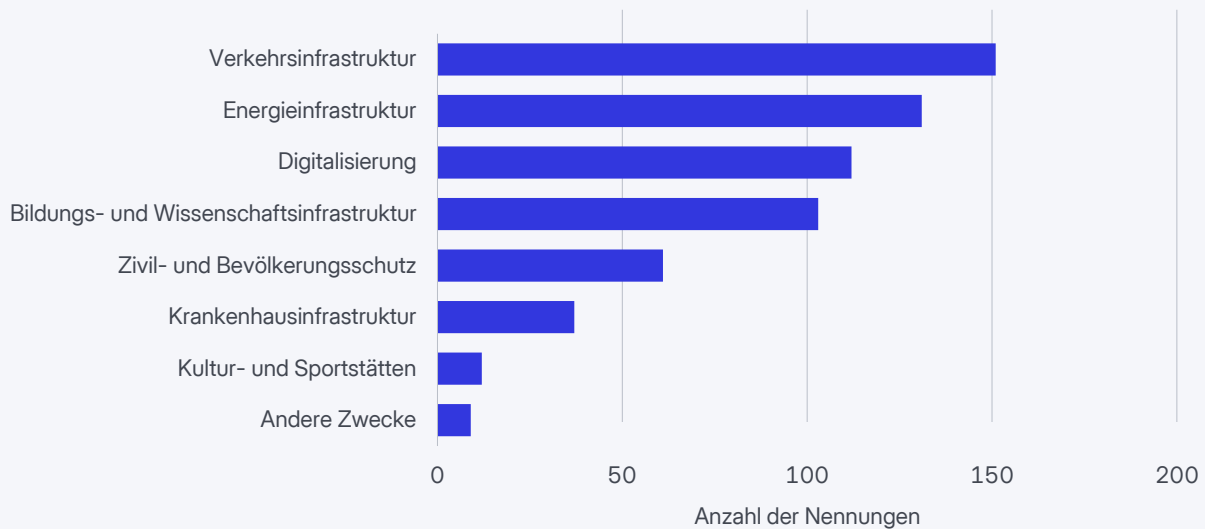
Quelle: Ökonomenpanel Oktober 2025.

© ifo Institut

Abb. 2

**Priorisierung der Investitionsbereiche**

Für welche Zwecke sollte das Sondervermögen „Infrastruktur und Klimaneutralität“ Ihrer Ansicht nach vorrangig eingesetzt werden? (Mehrfachnennungen waren möglich)



Quelle: Ökonomenpanel Oktober 2025.

© ifo Institut

positiven“ Wirkung auf private Investitionen (vgl. Abb. 3). 21 % gehen von einer „neutralen“ Wirkung aus, während 15 % der Teilnehmenden eine „eher negative“ Wirkung auf private Investitionen erwarten. Von einer „sehr negativen“ Wirkung geht lediglich 1 % aus; ebenfalls 1 % antwortet mit „weiß nicht“. In den Begründungen für eine positive Wirkung wird häufig genannt, dass die Investitionen die Standortbedingungen in Deutschland verbessern und öffentliche Investitionen einen Multiplikatoreffekt haben (Deleidi et al. 2020; Clemens et al. 2025). Zudem ermögliche die für staatliche Investitionen neu geschaffene langfristige Planungssicherheit insbesondere dem Bausektor, seine Kapazitäten auszuweiten. Teilnehmende, die eine negative Wirkung erwarten, führen vor allem den Zinskanal als Ursache an: Steigende Zinsen infolge öffentlicher Investitionen können private Investitionsprojekte teurer und damit weniger attraktiv machen.

### Entwicklung des Zustands der deutschen Infrastruktur nicht eindeutig

Knapp die Hälfte der Teilnehmenden (46 %) erwartet, dass sich der Zustand der deutschen Infrastruktur in zehn Jahren im Vergleich zu heute „eher verbessern“ wird (vgl. Abb. 4). Weitere 5 % rechnen sogar mit einer „deutlich besseren“ Infrastruktur. Als Gründe werden vor allem das derzeit hohe Maß an öffentlicher Aufmerksamkeit für den Investitionsbedarf ge-

nannt. Demgegenüber erwarten 12 % eine „eher schlechtere“ und 11 % eine „deutlich schlechtere“ Infrastruktur in zehn Jahren. Ein Viertel der VWL-Professorinnen und VWL-Professoren erwartet hingegen keine Veränderung am Zustand der deutschen Infrastruktur. Laut mehreren Teilnehmenden müssten neben den Bestands- auch Zusatzinvestitionen getätigt werden, für die jedoch keine ausreichenden Mittel zur Verfügung stehen. Auch sei der aktuelle Infrastrukturverfall immens und die heute geplanten Maßnahmen würden nicht ausreichen, um diesen zu stoppen. Als weitere Hemmnisse werden langsame Verwaltungsprozesse, mangelnder Mut zum Bürokratieabbau und die Gefahr genannt, dass Investitionen aus dem regulären Haushalt verdrängt werden könnten. Dadurch bestehe das Risiko, dass der Bundeshaushalt zukünftig noch stärker für Sozialausgaben genutzt wird. Diese Befürchtungen wurden schon mit der Aufnahme des Sondervermögens ins Grundgesetz geäußert (Heinemann 2025). 1 % der Teilnehmenden antwortet mit „weiß nicht“.

### Stärkung von Investitionen bei erneuter Reform der Schuldenbremse wichtig

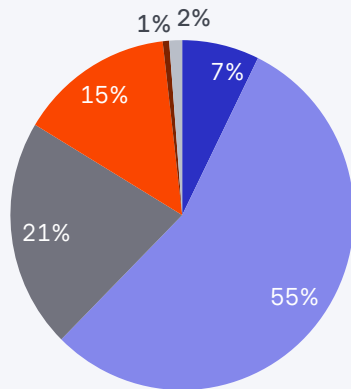
Für die Erarbeitung eines Vorschlags zur Modernisierung der Schuldenregel im Grundgesetz hat die Bundesregierung eine Expertenkommission eingesetzt. Ziel ist es, dauerhaft zusätzliche Investitionen in die Stärkung des Standorts

Abb. 3

**Wirkung auf private Investitionen**

Wie wirken die zusätzlichen öffentlichen Investitionen Ihrer Ansicht nach auf private Investitionen?

■ Sehr positiv   ■ Eher positiv   ■ Neutral  
■ Eher negativ   ■ Sehr negativ   ■ Weiß nicht



Quelle: Ökonomenpanel Oktober 2025.

© ifo Institut

Deutschland zu ermöglichen. In unserer Umfrage wurden die VWL-Professorinnen und VWL-Professoren gebeten anzugeben, welche Aspekte die Bundesregierung ihrer Ansicht nach bei einer erneuten Reform der Schuldenbremse besonders berücksichtigen sollte. Eine Wortwolke für die Antworten zeigt eine deutliche Häufung des Begriffs „Investitionen“ (vgl. Abb. 5). Auch Ausgaben, Schulden, Flexibilität, Lockerung und Haushalt kommen häufig vor. Diese Wortwolke bietet einen ersten Hinweis darauf, mit welchen Aspekten sich die Teilnehmenden im Zusammenhang mit einer Reform der Schuldenbremse auseinandersetzen.

Die detaillierte Auswertung der Antworten auf die offene Frage verdeutlicht ein breites Bekenntnis zur Beibehaltung einer strikten, glaubwürdigen und flexiblen Schuldenregel. Eine Mehrheit der Teilnehmenden spricht sich gegen eine weitere Lockerung der Schuldenbremse aus. Auch wird häufig die Forderung nach einer klaren Trennung zwischen konsumtiven und investiven Ausgaben gestellt. Staatsschulden sollten ausschließlich für Zukunftsinvestitionen aufgenommen werden dürfen, etwa in Infrastruktur, Digitalisierung oder Klimaschutz, „von denen auch die nachfolgende Generation profitiert“. Konsumtive Ausgaben sollen dagegen ohne Kreditfinanzierung erfolgen. Allerdings räumen viele der Teilnehmenden ein, dass diese Abgrenzung schwierig ist und gegebenenfalls von einem externen Gremium vorgenommen werden sollte. Zentral ist für viele VWL-Professorinnen und VWL-Professoren auch das Prinzip der Generationengerechtigkeit. Heute getroffene finanzpolitische Entscheidungen dürften zukünftige Generationen nicht übermäßig belasten. In diesem Zusammenhang wird mehrfach auf die „Nachhaltigkeit der Staatsfinanzen“ verwiesen. Gleichzeitig plädieren einige Teilnehmende für mehr Flexibilität der Schuldenbremse. Kurzfristige Abweichungen sollen möglich bleiben, um auf außergewöhnliche Situationen reagieren zu können („kurzfristige Flexibilität bei langfristiger Stabilität“). Genannt werden hierbei insbesondere „zukünftige geopolitische Extremszenarien“ oder konjunkturelle Schwankungen, auf die beispielsweise durch eine Anpassung der Konjunkturkomponente besser reagiert werden könne. Darüber hinaus betonen einige Teilnehmende die Notwendigkeit einer zukunftsorientierten Ausgabensteuerung. Zusätzliche Ausgaben, etwa im Verteidigungsbereich, sollten nach Möglichkeit durch Einsparungen in anderen Ressorts, beispielsweise im Sozialetat, finanziert werden.

### Skepsis bei der Einhaltung der EU-Fiskalregeln

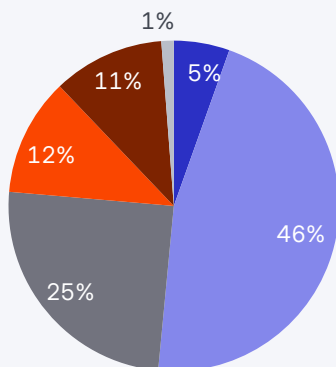
Die europäischen Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspakts begrenzen den Spielraum für eine schuldenfinanzierte Ausgabenpolitik. Eine Lockerung der Schuldenbremse könnte dazu führen, dass Deutschland in Konflikt

Abb. 4

**Zustand der Infrastruktur in zehn Jahren**

Wie schätzen Sie den Zustand der deutschen Infrastruktur in zehn Jahren im Vergleich zu heute ein?

■ Deutlich besser   ■ Eher besser  
■ Kaum verändert   ■ Eher schlechter  
■ Deutlich schlechter   ■ Weiß nicht



Quelle: Ökonomenpanel Oktober 2025.

© ifo Institut

© ifo Institut

- Bersch, F. (2025), „Sind mehr staatliche Mittel für die Bahn vor allem Preistreiber?“, *ifo Schnelldienst* 78(5), 64–71.
- Beznoska, M., A. Burstedde und T. Hentze (2025), „Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität: Bund investiert nur wenig zusätzlich“, IW-Kurzbericht Nr. 81.
- Böttger, C. (2025), „Mehr Geld in angespannter Lage: Wie sich das Sondervermögen Infrastruktur sinnvoll einsetzen lässt“, *Wirtschaftsdienst* 105(5), 325–329.
- Büttner, T. (2025), „Gelockerte Schuldenbremse: Einhaltung der EU-Fiskalregeln wird wieder zur Herausforderung“, *Wirtschaftsdienst* 105(4), 282–287.
- Clemens, M., C. Michelsen und M. Rieth (2025), „An Estimation and Decomposition of the Government Investment Multiplier“, DIW Discussion Papers 2106.
- Deleidi, M., F. Iafraite und E. S. Leviero (2020), „Public Investment Fiscal Multipliers: An Empirical Assessment for European Countries“, *Structural Change and Economic Dynamics* 52, 354–365.
- Heinemann, F. (2025), „Sondervermögen: Zusätzlichkeit und Wirkungsorientierung unzureichend abgesichert“, *ifo Schnelldienst* 78(7), 22–25.
- Höslinger, E. (2025), „Bundeshaushalt 2025: Sondervermögen und Sozialausgaben statt Strukturereformen“, *ifo Schnelldienst digital* 6(16).